

folglos⁶. In dieser verfahrenen Situation fiel der Gedanke der Organisation auf fruchtbaren Boden: Am 30. März 1890 bildete sich der „*Rechtsschutzverein für die Bergleute der Grube St. Ingbert*“. Die 783 Mann starke Belegschaft schloß sich nahezu vollständig an. Der Verband war dem „*Rechtsschutzverein für die bergmännische Bevölkerung des Oberbergamtsbezirks Bonn*“ nachgebildet. Die Statuten stimmten fast wörtlich überein, der Jahresbeitrag betrug 1 M.⁷.

Am 20. April überreichte der Vorstand des neuen Rechtsschutzvereins dem Bergamt St. Ingbert einen Forderungskatalog. Doch man eröffnete ihnen, daß Beschwerden nur auf dem durch die Arbeitsordnung vorgeschriebenen Weg angenommen würden, also durch die Knappschaftsältesten⁸. Auf der von 700 Mitgliedern besuchten Generalversammlung des Vereins am 27. April prallten die unterschiedlichen Meinungen über die weitere Vorgehensweise zusammen. Der Versammlungsleiter verlangte sofortigen Streik für die unerfüllten Forderungen, der Knappschaftsälteste Karl Kaiser sprach sich für eine weitere Deputation aus. Regierungsassessor Kollmar vom Bezirksamt Zweibrücken stellte sich auf Kaisers Seite. Er erklärte eine Deputation des Rechtsschutzvereins für zwecklos, die Knappschaftsältesten als die allein berufenen Vertreter würden hingegen empfangen werden. Die Versammlung billigte diesen Vorschlag und vertagte den Streikbeschluß für 14 Tage⁹. Zwei Tage später verhandelten die Knappschaftsältesten mit dem Bergamt. Obereinfahrer Friedrich von Rudolph¹⁰ gestand eine Erhöhung des Schichtlohns zu und versprach, sich für eine Verkürzung der Schicht von 9½ auf 9 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt einzusetzen¹¹. Eine Versammlung des Rechtsschutzvereins in St. Ingbert am 11. Mai faßte keinen Beschluß. Mehrheitlich neigte man jedoch zum Streik¹². Am kommenden Morgen machte Bergmeister Günther die Zugeständnisse vor der Belegschaft bekannt. Man glaubte ihm nicht. Rufe wie „*Wir wollens schriftlich von München haben, eher arbeiten wir nicht*“ schallten über den Zechenhof¹³. An diesem Morgen fuhren nur 47 Bergleute ein; bei dieser geringen Zahl von Streikbrechern blieb es auch in den nächsten Tagen¹⁴. Die Grubenverwaltung und das Bezirksbergamt Zweibrücken gaben sich weiterhin kompromißbereit. Als Kaiser der Versammlung des Rechtsschutzvereins am 15. Mai mitteilte, Bergat Höchstetter habe ihm gegenüber die Prüfung der Forderungen zugesichert, beschloß man die

6 Bezirksamtman Schlagintweit/ZW an RP/Speyer vom 29. 1. 1890, ebd.

7 Dto. vom 19. 5. 1890, ebd. Das Statut selber ist nicht erhalten. Imbusch, S. 401 f., Hue: Bergarbeiter, Bd. 2, S. 404, E. Schneider, S. 109 sowie Kiefer: 25 Jahre, S. 18 erwähnen die Gründung des Vereins; Hue und Imbusch datieren sie jedoch fälschlicherweise auf den Mai 1890, Schneider gibt an, es handle sich um Zweigvereine des saarpreußischen RSV. Vgl. Klaus-Michael Mallmann: Die Anfänge der Arbeiterbewegung in der bayrischen Saarpfalz, in: SH 23 (1979), S. 177 – 182.

8 Bezirksamtman Schlagintweit/ZW an RP/Speyer vom 19. 5. 1890, LASP H 3/1867.

9 RA Kollmar an Bezirksamt ZW vom 28. 4. 1890, ebd. Pfälzischer Merkur vom 3. 5. 1890 (Nr. 103).

10 Friedrich von Rudolph (1860 – 1930), seit 1. 7. 1889 Obereinfahrer (Betriebsleiter) von Grube St. Ingbert, seit 1. 11. 1891 Grubenverwalter in Peißenberg, 1895 Bergmeister in St. Ingbert, seit 15. 2. 1905 Generaldirektor der bayrischen General-Bergwerks- und Salinen-Administration in München. Vgl. Nutzinger/Böhmer/Johannsen, S. 317.

11 Bezirksamtman Schlagintweit/ZW an RP/Speyer vom 19. 5. 1890, LASP H 3/1867.

12 Pfälzischer Merkur vom 12. 5. 1890 (Nr. 110).

13 Bezirksamtman Schlagintweit/ZW an RP/Speyer vom 19. 5. 1890, LASP H 3/1867.

14 Vgl. die Telegramme Schlagintweits an RP/Speyer vom 14. und 15. 5. 1890, ebd. sowie BR Höchstetter/ZW an OBA/München vom 17. 5. 1890, LASP N 1/236. Kurze Erwähnung des Streiks bei E. Schneider, S. 109.